



Rat der
Europäischen Union

045747/EU XXVI. GP
Eingelangt am 03/12/18

Brüssel, den 28. November 2018
(OR. en)

14837/18
ADD 1 REV 1

JEUN 157
MIGR 205
SOC 739
EDUC 445

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Delegationen

Betr.: Schlussfolgerungen zur Rolle der Jugendarbeit im Kontext von Migration
und Flucht
- Erklärung

Die Delegationen erhalten als Anlage die Erklärung der griechischen Delegation für das
Ratsprotokoll.

ANLAGE

Erklärung Griechenlands zu den Schlussfolgerungen zur Rolle der Jugendarbeit im Kontext von Migration und Flucht

Seit der Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der Jugendarbeit im Kontext von Migration und Flucht zum ersten Mal vorgestellt wurde, teilt Griechenland dessen Ziele und hat es sich konstruktiv in die Beratungen im Rat eingebracht, damit ein umfassender und solider Text erreicht wird, der Leitlinien für die Billigung von politischen Strategien enthält, die sich an der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und an den europäischen Werten orientieren und auf diese abgestimmt sind.

Griechenland möchte klarstellen, dass es allein im Interesse eines Kompromisses den Text in seiner endgültigen Form akzeptiert, und es möchte seine Besorgnis über die "Verwässerung" der Schlussfolgerungen des Rates zum Ausdruck bringen. Der Text enthält keinen einzigen konkreten Bezug auf junge Migranten und Migrantinnen, ganz zu schweigen von Asylsuchenden und staatenlosen Personen. Durch den Ausschluss dieser Begriffe aus der endgültigen Textfassung entstehen Schlussfolgerungen, die aus unserer Sicht den Willen zur Unterstützung dieser Gruppen von schutzbedürftigen jungen Menschen nicht deutlich zum Ausdruck bringen. Wir bedauern zutiefst, dass eine konkrete Bezugnahme auf diese Gruppen fehlt und stattdessen die neutrale Formulierung "Drittstaatsangehörige" verwendet wird, die zu weit gefasst ist und der es an politischem Inhalt fehlt.

Wie es in den Vorbereitungsgremien des Rates zum Ausdruck gebracht hat, ist Griechenland der Ansicht, dass die politische Botschaft nicht schwach, mehrdeutig und unscharf sein sollte. In Anbetracht der Tatsache, dass die politische Wirkung dieser Schlussfolgerungen des Rates auf den öffentlichen Diskurs ernsthaft eingeschränkt zu werden droht, ruft Griechenland alle Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren, um das mit diesem politischen Text angestrebte Ziel in vollem Umfang zu unterstützen.